

## Männervesper Großaspach

### Wie geht es weiter mit Europa?

### Sitzen wir noch in einem gemeinsamen Boot?



**18. September 2020**

**Wirtschafts- und Sozialpfarrer Karl-Ulrich Gscheidle,  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Reutlingen**

1. Teil des Vortrags 19:30 bis 20:30 Uhr
2. Teil des Vortrags 21:00 bis 22:00 Uhr

*Beginnen möchte ich mit der Tageslosung und dem Lehr-Text für den heutigen Tag.*

*„Ich bin der HERR, der das Recht liebt und Raub und Unrecht hasst.“ Jesaja 61,8*

*„Niemand gehe zu weit und übervorteile seinen Bruder im Handel. Denn der Herr straft dies alles.“ 1. Brief des Paulus an die Gemeindeglieder in Thessaloniki 4,6*

#### **Aktuelle Lage**

Kurz vor dem EU – Gipfel im Juli habe ich gedacht: Europa steht vor einer historischen Schlappe! Lässt der Norden den Süden jetzt mit seinen besonders heftigen Corona-Folgen und seinen Schuldenproblemen allein? Es folgte der Vorschlag der EU-Kommission mit einem 750 Milliarden starken Wiederaufbauprogramm, um die akuten und strukturellen Corona-Folgen zu bekämpfen. Dann wurde über die Frage gerungen: Wieviel Zuschüsse und wieviel Kredite?

So sieht es nun aus: 390 Milliarden Euro sollen als Corona-Zuschüsse fließen und weitere 360 Milliarden Euro als Corona-Kredite gegeben werden. Zur Finanzierung will die EU Kredite aufnehmen. Die Rückzahlung erfolgt bis 2058. Neu wird sein, dass die EU als Einnahmequelle von den EU-Staaten eine Steuer auf nicht recyclebares Plastik erheben will. Zusätzlich soll eine Digitalsteuer und eine CO<sub>2</sub> – Steuer für Importe aus Staaten, ohne Klimaschutzvorgaben wie die EU, kommen. Beabsichtigt ist nach wie vor, dass die EU eine Finanztransaktionssteuer erheben will.

In Zeitungen wurden die Zahlen schon heruntergerechnet, wieviel einzelne Mitglieds-Staaten erwarten können: Deutschland erhält demnach 22,7 Milliarden, Italien 65,5 Milliarden,

Spanien 59,2 Milliarden, Frankreich 37,4 Milliarden und Polen 23,1 Milliarden. Die Zahlen wurden vergangenen Freitag bekannt.

Beraten wurde auch der EU-Haushalt der kommenden sieben Jahre. Es geht dabei um die Gesamtsumme von 1,8 Billionen Euro.

Strittig war, ob und wie ein Rechtsstaatsverfahren in der EU anlaufen sollte, falls es zu weiteren Einschränkungen von Grundrechten kommen sollte. Betroffen wären, nach Lage der Dinge, Ungarn und Polen. Beiden Ländern wird vorgeworfen, mit ihrer Justiz- und Medienpolitik rechtsstaatliche EU-Grundwerte zu verletzen.

Um überhaupt zu einem Haushalt zu kommen, wurde dann eine Entkopplung von Haushalt und Rechtsstaatsverfahren vereinbart. Denn der EU-Haushalt muss einstimmig verabschiedet werden. Daher war die Zustimmung jedes einzelnen der 27 Länder wichtig, auch Polen und Ungarn mussten ins Boot. Nach mehr als 90 Stunden Verhandlungen wurden die Corona-Hilfen und ein sieben Jahres Budget von insgesamt 1,8 Billionen Euro beschlossen.

Noch hat das EU-Parlament allerdings dem vom Rat vereinbarten Wiederaufbaupaket und dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 nicht zugestimmt. Das Parlament wird wohl zustimmen, denn alle profitieren erheblich. Die Beschlüsse sind ein Novum, sowohl in der Höhe als auch in der Kombination von Zuschüssen und Krediten. Dieses großzügige Finanzpaket wäre ohne die Pandemie und die Bekämpfung ihrer gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen sicherlich nicht möglich geworden.

Aktuell hat die Bundesrepublik, wie sie sicher wissen, nun für sechs Monate die Ratspräsidentschaft inne.

Wenn man nach den Themen schaut, die auf der Agenda stehen, dann fällt das Fehlen einer abgestimmten und von allen getragenen EU-Flüchtlingspolitik auf.

In Sachen Flüchtlingspolitik sitzen die 27 Mitgliedsstaaten der EU tatsächlich in verschiedenen Booten.

Deutschland sitzt derzeit in seinem Boot meist allein, teilweise fahren Luxemburg, Portugal und Finnland mit. Alle anderen EU-Staaten wollen vornehmlich nicht anerkannte Asylbewerber\_innen schnell und kompromisslos abschieben und auf keinen Fall feste Verteilquoten akzeptieren.

Paradox ist, dass auch Länder mit EU-Außengrenzen, wie Griechenland, Italien, Spanien und Malta es offenbar aufgegeben haben, auf eine Quotenregelung für anerkannte Asylbewerber\_innen zu drängen.

Aber schauen wir zunächst nach Themen, die auch noch sehr relevant sind für die europäischen Gesellschaften.

Ein paar Schlaglichter: Unsere Einstellung zur Mobilität verändert sich. Durch das Anwachsen der Home-Office-Tätigkeiten werden sich die Fahrten an bisherige Arbeitsplätze dauerhaft verringern und damit wird die Nachfrage nach Büroflächen und Autos sinken.

Zu beobachten ist auch, dass Reisen zu Messen, Konferenzen, und Meetings weniger werden. Fluggesellschaften, Restaurants, Hotels, Messebauer und Messeanbieter müssen Kapazitäten abbauen. Wegen der rückgehenden Nachfrage nach Öl und Gas werden die Energiepreise sinken.

Unangefochten bleibt die Bedeutung des EU-Binnenmarktes und die Stärke der Währungsunion mit dem Euro. Aber die Gesundheitssysteme aller EU-Staaten brauchen mehr Geldmittel zur Ertüchtigung. Im Mittelpunkt steht in den nächsten Monaten eine Politik gegen die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie. Es geht auch um eine gerechte Verteilung möglicher Impfstoffe und Medikamente gegen Covid 19. Die aktuelle Lage ist erheblich durch die Corona-Pandemie bestimmt. Griechenland hat sich erfreulicherweise stabilisiert, trägt viel Verantwortung in Sachen Flüchtlings- und Asylpolitik und befindet sich mit der Türkei in einem harten Konflikt um ein Gasfeld vor Zypern.

Wichtige weitere Themen der EU sind: Klima- und Umweltschutz, Ausbau einer guten digitalen Infrastruktur, Umbau der Automobilindustrie, ihrer Zulieferer, aber auch eine einheitliche europäische Linie im Verhältnis zu China, Russland, USA, Türkei und Großbritannien.

Aktuell steht, wie schon gesagt, die Flüchtlingspolitik im Fokus. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik gibt es derzeit nicht. Das ist leider so. Das Dublin-Abkommen mit Kontrollen an den Außengrenzen und festen Quoten der Aufnahme funktioniert nicht. Dennoch hält sich Griechenland an das EU-Türkei-Abkommen von 2016. Demnach werden die Asylverfahren in den Camps auf den Inseln vor der türkischen Küste durchgeführt. Wer kein Asyl bekommt, muss in die Türkei zurück.

Von der Bundesregierung wurde ein kleiner, aber durchaus beachtlicher Schritt der humanitären Hilfe beschlossen. Vor allem, wenn man sich vor Augen hält, dass niemand sonst eine derartige Nothilfe unternimmt.

Aufgenommen werden im Spätsommer 2020 jetzt 1553 Menschen aus 408 Familien, die durch Griechenland als Asylberechtigte anerkannt sind.

Dazu werden bis zu 150 unbegleitete minderjährige Asylberechtigte aufgenommen. Die Aufnahme von 240 behandlungsbedürftigen Kindern und ihren Eltern und Geschwistern läuft bereits. Das sind insgesamt etwa 1000 Personen. Die Gesamtzahl der Aufgenommenen beläuft sich auf 2750 Personen.

Das ist eine beachtliche humanitäre Nothilfe, bei der Deutschland allein vorangeht. Darüber hinaus sollen die Verhandlungen weitergehen, um eine weitergehende europäische Flüchtlingspolitik zu vereinbaren. Erwartet wird nächste Woche ein konkreter politischer Vorschlag der EU-Kommission, die sich in dieser Thematik bisher sehr still verhalten hat.

Beeindruckend finde ich die moralische und politische Klarheit des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller. Er sagte nach der Brandkatastrophe im Camp Moria: „Das sind nicht die Flüchtlinge Griechenlands. Das sind Europas Flüchtlinge. Es gibt Angebote von Kommunen und Bundesländern zur Soforthilfe, daher muss Deutschland helfen. Wir können nicht auf die Letzten in der EU warten. Es gibt hier keine Einstimmigkeit“.

Deutschland dürfe keine Alleingänge machen, so der Tenor von großen Teilen der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und auch der FDP. Rundweg gegen jede Aufnahme von Asylbewerbern war und ist die AfD. Mehr tun wollen Abgeordnete der SPD, Grünen und Linken. Die Bundesregierung hat jetzt einen beachtlichen humanitären Akzent gesetzt und Griechenland und 2750 anerkannten Asylbewerbern geholfen.

Diese humanitäre Hilfe entspricht auch Forderungen aus den Kirchen. So hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, auch dazu aufgerufen, jetzt nicht auf eine EU-Einigung zur Flüchtlingsverteilung zu warten. Eine solche Einigung wäre zwar wünschenswert, aber wenn das nicht möglich sei, müsse Deutschland mit Ländern, die dazu bereit sind, vorangehen.

Das Fazit von allem lautet leider: Eine gemeinsame EU-Asylpolitik ist derzeit nicht vorhanden. Wenige helfen, viele ducken sich weg.

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hält sich mit öffentlichen Äußerungen in dieser umstrittenen Frage sehr zurück. Österreich, Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien wollen seit Jahren überhaupt keine Menschen aufnehmen. Leider sind nur Deutschland, Finnland, Portugal und Luxemburg aufnahmebereit. Unter bestimmten Bedingungen auch Frankreich, Belgien und die Niederlande. Aber wo bleiben die restlichen 20 Länder? Eine Europäische Lösung? Diese Lösung wird nicht kommen, so hallt es in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung. Man darf gespannt sein, was sich in der nächsten Woche tut.

Kommen wir zu einem anderen Beispiel dafür, dass die EU Mitglieder derzeit bei vielen Themen nicht in einem Boot sitzen: Innerhalb der EU ist der Pipeline-Bau Nord Stream 2 sehr umstritten. Die bisherigen Transitländer Polen, Lettland, Litauen, Estland und die Slowakei sind gegen das Projekt. Sie würden Transiteinnahmen verlieren. Im Zusammenhang mit der Vergiftung von Alexej Nawalny hat die Wochenzeitung DIE ZEIT getitelt: Gift oder Gas? Ist die deutsche Russlandpolitik gescheitert? Hier darf man auch gespannt sein, wie es weitergeht. Wenn man davon ausgeht, wie sich Putin mit Lukaschenko verbrüderet, dann wird es eine Eiszeit im Verhältnis EU und Russland geben. Denn die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014 ist nicht vergessen.

Noch ein Schlaglicht: In der EU sollte im Frühjahr 2020 eigentlich eine öffentliche Debatte über die Zukunft der EU laufen. Wegen der Corona-Pandemie kam dieses Vorhaben ins Stocken. Jetzt soll im Herbst diese Strategie-Konsultation wieder aufgenommen werden und dann zwei Jahre dauern.

Man kann fünf Optionen unterscheiden:

1. Wir machen so weiter wie bisher.
2. Wir konzentrieren uns auf den Binnenmarkt.
3. Die, die mehr tun wollen, machen das.
4. Wir machen weniger.
5. Wir machen alle gemeinsam mehr.

Meine persönliche Meinung lautet, wir sollten die Strategie 5 wählen! Wir machen alle gemeinsam mehr! Ich bin gespannt, welcher Option sie eher zustimmen!

**Meine Meinung: Wir machen alle gemeinsam mehr und verwirklichen ein solidarisches Europa!**

Last but not least, der Stand der Dinge in Sachen Brexit?

Die britische Regierung will ein britisches Gesetz, das dem von ihr mit der EU letztes Jahr geschlossenen Austrittsabkommen widerspricht. Es geht um die Frage, zu welchem Wirtschaftsraum Nordirland zählt. Die EU will im Interesse Irlands, dass es zu keiner scharfen Grenze zwischen Irland und Nordirland kommt, damit der Nordirland-Konflikt nicht wieder hochkocht. Großbritannien will jetzt eine scharfe Außengrenze, da sie ein neues Hochkochen des Nordirland-Konfliktes nicht glauben. Die Zeichen stehen hier auf Sturm!

In Sachen Post-Brexit-Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien geht nichts voran. Es wird um Fischereirechte und anderes gestritten. Bis Jahresende gibt es noch die Brexit-Übergangsphase. Boris Johnson hat erklärt, dass wenn es kein Abkommen gibt, dann werde man sich eben am Verhältnis Australiens zur EU orientieren und mit der EU nach den Regeln der Welthandelsorganisation Geschäfte machen. Das klingt in meinen Ohren nach einem größeren Handelseinbruch und viel Zollformalitäten.

Noch ein Satz zur Rede der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Sie hat vorgestern vor dem EU-Parlament angekündigt, die Treibhausgase sollen um 55 Prozent bis 2030 reduziert werden. Das sind ambitionierte Ziele, die allerdings einschneidende Maßnahmen mit sich bringen werden!

Viel Gesprächsstoff fürs Erste: Jetzt würde ich gerne im Vortrag eine Pause machen. Wir machen dann nach der Vesperpause weiter.

....

## **Starten will ich mit einem Rückblick auf die Europawahlen**

Wir erinnern uns: Im vergangenen Mai gab es Europawahlen. Es war die 9. Direktwahl zum Europäischen Parlament.

Was ist passiert? Was sind die Resultate? Wie haben die Parteien abgeschnitten?

1. Die **Europäische Volkspartei (EVP)** hat 179 Sitze oder 24 Prozent bekommen und bleibt stärkste Fraktion. Darunter die deutsche CDU/CSU mit 29 Sitzen.
2. Die **Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S+D)** bekam 153 Parlamentssitze, knapp 20 Prozent. Darunter auch 16 Sitze der deutschen SPD.
3. Die **Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)** hat 106 Sitze erzielt. Das sind 14 Prozent. Darunter 7 Sitze der FDP.
4. Viertstärkste Fraktion wurde die **Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA)**. Sie erhielten 75 Sitze oder 9,2 Prozent. Darunter Bündnis 90/Die Grünen aus Deutschland mit 22 Sitzen.
5. Die Fraktion „**Identität und Demokratie**“ bekam 73 Sitze. Die deutsche AfD gehört hier dazu mit 11 Sitzen.
6. Die **Vereinigten europäischen Linken und nordischen grünen Linken (VEL/NGL)** kamen auf 38 Sitze. Darunter für die deutsche Linke 6 Sitze.
7. Die **Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)** erhielten 62 Sitze oder 8,26 Prozent. Zu dieser Fraktion gehört auch die polnische Regierungspartei PiS.

Dann gibt es noch 29 Sitze für sonstige Parteien. Und 8 Fraktionslosensitze.

## **Alle fragen sich mit uns: Europa – Sitzen wir noch in einem Boot?**

Die große Mehrheit der Deutschen jedenfalls schätzt die EU und sieht in der Gemeinschaft im Großen und Ganzen Vorteile für das eigene Leben. Kein Land in der EU hat übrigens mehr Nachbarn als Deutschland, acht der neun Nachbarn gehören zur EU. Und der neunte Nachbar Schweiz ist de facto auch Teil des Binnenmarktes. Es gibt in der EU nun und in der deutschen Politik auch in den kommenden Jahren ehrgeizige Ziele in Sachen Klimapolitik. Manche sagen auch, diese seien nicht ehrgeizig genug.

Wir sind mitten drin in einer großen Transformation: Spätestens Ende 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Bis 2038 werden alle 130 Kohlekraftwerke abgestellt. In die Lücke sollen regenerative Anlagen. Bis 2050 soll die EU klimaneutral werden.

Es kommen, wie immer im Leben, so auch in der Politik, langfristige, mittelfristige und kurzfristige Herausforderungen zusammen. Jetzt geht es in den kommenden Monaten um die Corona-Pandemie und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Und gleichzeitig soll der Weg für ein bis 2050 klimaneutrales Europa geebnet werden.

Das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft lautet voller Hoffnung: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“

Ist die deutsche Hoffnung berechtigt? Alle wissen, die europäischen Gemeinsamkeiten, Beschlüsse und Leitlinien sind hart errungen. Es gibt alles andere als einen sogenannten Flow in den europäischen Beziehungen. Alle sitzen meist in unterschiedlichen Booten und alle können froh sein, wenn die Mehrheit dieselben Ziele und einen ähnlichen Kurs steuern. Meistens hilft auch der Druck von außen: USA, Belarus, Ukraine, Russland, China, Türkei, Iran und Großbritannien. Aber einige dieser Wettbewerber locken auch einzelne EU-Partner und versuchen die EU zu diskreditieren und zu destabilisieren. Man muss es so deutlich sagen.

Dennoch warten Serbien, Albanien und Nord-Mazedonien auf die Aufnahme in die Europäische Union. Die Bereitschaft, eine Erdogan-Türkei aufzunehmen, dürfte allerdings gleich Null geworden sein.

**Der Kitt, der offenbar alles zusammenhält: In wirtschaftlicher Hinsicht hat die EU eine gewaltige Stärke.**

Als einer der größten gemeinsamen Wirtschaftsräume der Welt wurde in der EU im Jahr 2017 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 17,3 Billionen US Dollar erzielt.

Im Vergleich dazu hatten die USA 19,5 Billionen US Dollar und die Volksrepublik China 12 Billionen US Dollar erwirtschaftet.

Der Binnenmarkt der EU ist etwas kleiner als der Markt der USA und größer als der Markt Chinas.

- **Man sollte sich immer vor Augen halten: Für den Außenhandel Deutschlands steht der EU Binnenmarkt als wichtigster deutscher Markt an der Spitze.**
- Es gingen 60 Prozent aller deutschen Exporte in andere EU Länder.
- Frankreich ist der wichtigste Absatzmarkt für deutsche Exporte.
- **In alle EU Länder wurden aus Deutschland Waren im Wert von 779 Milliarden Euro exportiert.**
- Als Vergleich: In die USA wurden Waren im Wert von 113 Milliarden Euro und nach China Waren im Wert von 93 Milliarden Euro exportiert.
- Der Export von Deutschland nach Frankreich betrug allein 105 Milliarden Euro.
- Mehr als die Hälfte der Importe nach Deutschland stammen ebenfalls aus EU Ländern.
- **Importiert wurden nach Deutschland Waren im Wert von 623 Milliarden Euro aus EU Ländern.**
- Zum Vergleich: Aus China wurden Waren im Wert von 106 Milliarden Euro und aus den USA nur Waren im Wert von 65 Milliarden Euro nach Deutschland importiert. Das sind genauso viel wie aus Frankreich. Aus Frankreich wurden nach Deutschland auch Waren im Wert von 65 Milliarden Euro importiert.

**Man sieht also das Gewicht des EU Binnenmarktes für den Außenhandel Deutschlands.**

In diesem Zusammenhang sei auch festgehalten: Der Euro hat sich neben dem Dollar zur zweitwichtigsten Währung entwickelt und ist eine stabile weltwirtschaftliche Größe. Inzwischen haben 19 EU Länder den Euro. Das sind: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

**Doch diese gewaltige ökonomischen Stärke ist nicht alles! Es stellen alle Europäerinnen und Europäer mit uns die skeptische Frage: Wo geht die europäische Reise hin?**

In der Erklärung von Rom, anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge am 25. März 2017, wird noch vollmundig gesagt:

*„Einzelnen würden wir durch die globale Dynamik an den Rand gedrängt. Zusammenhalt gibt uns die beste Chance, auf diese Dynamik Einfluss zu nehmen und unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen. Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln.“*

**Was hat nun Top-Priorität? Und wollen alle mitreisen? Gibt es noch diesen europäischen Spirit? Diesen Flow der Leichtigkeit im Denken, Fühlen und Handeln?**

Wir rekapitulieren: Ganz oben auf der Agenda steht der Klimaschutz. Der Klimawandel soll durch eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, sowie durch die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz eingedämmt werden.

**Ich halte aber auch die Europäische Säule sozialer Rechte für wichtig. Davon sprechen nur wenige.**

Diese Grundsätze dienen der EU seit 2017 als Kompass für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Union. Ziel ist die Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

Der erste Grundsatz betrifft die allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen. Jede europäische Person soll das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen haben.

Es folgt dann eine lange Reihe weiterer wichtiger sozialer Rechte: Gleichstellung der Geschlechter, Recht auf Chancengleichheit, aktive Unterstützung für Beschäftigung, sichere Beschäftigung, faire Löhne, Recht auf Information über alle Bestandteile der Arbeitsverträge, Recht auf gewerkschaftliche Betätigung, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, gesundes und sicheres Arbeitsumfeld, Schutz persönlicher Daten, Betreuung und Unterstützung von Kindern, Sozialschutz, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Recht auf eine existenzsichernde Grundsicherung, Alterseinkünfte für ein würdevolles Leben, Gesundheitsversorgung, Inklusion von Menschen mit Behinderung, Recht auf bezahlbare Pflegedienste, Zugang zu Sozialwohnungen und Hilfe für Wohnungslose, Recht auf Zugang zu Wasser-, Sanitär-, und Energieversorgung, Verkehr, digitale Kommunikation.



Hier ruht der Spirit Europas. Hier liegt der Knackpunkt. Denn in diesem Feld kann das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen der Europäischen Union zur europäischen Begeisterung oder zur Enttäuschung führen. Es geht um eine spürbare Verbesserung des Lebens. Daher sind alle Merkmale für vergleichbare Standards im Sozialen wichtige Faktoren für die europäische Zufriedenheit. In vielfacher Hinsicht liegt allen diesen sozialen Fortschrittsfragen allerdings mehr ein Sollen als ein Sein zu Grunde.

### **Noch eine Personalie: An der Spitze der Europäischen Kommission kam nach der Europawahl 2019 die deutsche Politikerin Ursula von der Leyen**

Gewählt wurde sie am 16. Juli 2019 vom europäischen Parlament mit 383 Stimmen. Nötig wären 374 Stimmen gewesen.

In ihrer Bewerbungsrede vor dem europäischen Parlament hat Frau von der Leyen gesagt:

*„Einige setzen auf autoritäre Systeme, andere bauen ihren globalen Einfluss aus, schaffen Abhängigkeiten, investieren in Häfen und Handelswege. Wieder andere suchen ihr Heil im Protektionismus. Für uns kommt keine dieser Optionen infrage. Wir wollen Multilateralismus, wir wollen fairen Handel, wir stehen für eine regelbasierte Ordnung, weil wir wissen, dass es für uns alle das Beste ist. Wir gehen den europäischen Weg.“*

Ihr Hauptziel ist, wie bereits gesagt, der Kampf gegen den Klimawandel. Die EU soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden.

Der Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2030 um 55 Prozent - verglichen mit 1990 – reduziert werden und dann bis 2050 auf null sinken.

Das ist Ziel und Kurs der europäischen Regatta der nächsten Jahrzehnte. Für die kurz- und mittelfristigen Turbulenzen sorgen die Umstände. Die Corona-Pandemie war nicht einkalkuliert.

### **Abschließend zum Europa-Leitbild Baden-Württembergs. Dieses Leitbild ist wertorientiert. Daher wird auch deutlich, was zur DNA Europas gehört.**

Die Landesregierung Baden-Württembergs hat sich mit Bürgerbeteiligung zum 1. Januar 2019 ein Europa-Leitbild gegeben.

Vorne dran steht die Freiheit des Einzelnen. Vorne dran steht die Achtung der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte.

Verwiesen wird auf den Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union, wo weitere wichtige Werte benannt werden: Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte sollen allen Mitgliedsstaaten gemeinsam sein. Unser europäisches Zusammenleben soll sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen.

Bemerkenswert bleibt ein staatsrechtliches Selbstbeschränkungsprinzip, das auch das Grundgesetz auszeichnet, das Subsidiaritätsprinzip: Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll die EU immer nur dann tätig werden, wenn die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen nicht auf nationaler, auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können.

Die Landesregierung Baden-Württembergs hält es richtig, dass in Zukunft verstärkt nach Mehrheitsentscheidungen verfahren wird. Damit könnte einer Blockade-Mentalität gewehrt werden. Es könnte durch diese Verfahrensänderung wieder mehr Flow einziehen.

Baden-Württemberg profitiert von offenen Märkten und einem regelbasierten Handel. Wenn man an die protektionistischen Ansätze der Trump'schen US-Politik denkt oder den politischen Kurs Chinas, der Türkei und anderer anschaut, dann kommt der EU eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Spielregeln im internationalen Politikbetrieb zu. Im globalen Wettbewerb kommt es immer schon darauf an, den eigenen Normen und Werten selbstbewusst Geltung zu verschaffen.

Die Wirksamkeit der sozialen Marktwirtschaft, mit der Sozialpartnerschaft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften und den Mitbestimmungsrechten von Betriebs- und Personalräten, wird beispielsweise als vorbildlich für die ganze EU angesehen.

Eine Verbesserung und Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Menschen soll auch wesentlicher Inhalt aller politischen Bestrebungen sein. Und die Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte gilt als ein Meilenstein auf diesem politischen Weg. Es steht also viel Erfreuliches im EU-Leitbild Baden-Württembergs.

Ein großes Ziel soll auch sein, dass eine digitale Infrastruktur aufgebaut wird, die den Austausch von Daten ermöglicht, ohne Datenschutzvorschriften zu verletzen.

In Sachen Asylpolitik will Baden-Württemberg eine EU, die Hilfe anbietet für Menschen, die Schutz brauchen. Dies mache eine Unterscheidung im Sinn des Asylrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen Migrantinnen und Migranten nötig, so sagt es das Leitbild.

Der Klimawandel und die Erhaltung der Biodiversität, gehörten auch auf die gemeinsame europäische Ebene. Kultureller und künstlerischer Austausch schafften ein Gemeinschaftsgefühl und das Bewusstsein miteinander Europa zu verkörpern.

Allen diesen baden-württembergischen Positionierungen kann ich persönlich sehr gut zustimmen. Ihnen mag es genauso gehen.

**Mein persönliches europapolitisches Fazit zur Frage, ob wir in einem europäischen Boot sitzen sollen, lautet:**

**Im Blick auf die globalen Herausforderungen ist die Europäische Union stärker und wirksamer als es 27 europäische Nationalstaaten für sich wären. Ich finde es gut, dass die EU für**

**ein offenes Gesellschaftsmodell steht, das die Menschenrechte und Minderheitenrechte schützt, Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und soziale Rechte ausbauen will. Mit dieser Grundausrichtung wird die Europäische Union, so hoffe ich, für viele Menschen auch in Zukunft attraktiv und eine starke politische Vision bleiben!** Die EU braucht einen klaren Wertekompass: Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Menschenrechte, Klimaschutz und Solidarität. Und was noch nicht ist, das kann ja noch werden.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!